

Riesner Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Druckort: Tagesblatt Riesa,
Jernruf Nr. 20.

Das Riesner Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht und des
Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Riesa.

Postkonto: Dresden 1380
Großes Riesa Nr. 52.

Nr. 147.

Montag, 28. Juni 1926, abends.

79. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Noten. Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 2 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 89 mm breite, 9 mm hohe Grundchriftseite (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Restzeile 100 Gold-Pfennige. Zeitraumber und tabellarischer Satz 50%, Ausschlag, feste Tarife. Vermittelter Absatz erfolgt, wenn der Betrag verfallt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Kontuzer gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achtung! Unrechtmäßige Vervielfältigung an der Erde. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verlegerin oder der Beförderungsanstalten — hat der Bezugsnehmer Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dittich, Riesa.

Frankreichs starker Mann.

Es war von vornherein anzunehmen, daß Cail-
liaux als Finanzminister Frankreichs sich
nicht als Spielball Pariser Parteigelüste und der Launen
einiger Politiker demonstrieren würde. Man kennt seine
Persönlichkeit, schätzt seine Energie, sein Wissen und sein
Erkennen der wirtschaftlichen Gesetze Europas. Bis jetzt
hat der neue Finanzminister noch nicht genau zu erkennen
gegeben, wie er denkt, die schwere Währungsfrage, die
den französischen Volkswirtschaftler bis in den tiefsten Kern
erschütterte, zu beheben. Aber die wenigen Tage seiner
Amtstätigkeit haben doch gezeigt, daß er gewillt ist, ener-
gisch durchzugreifen, zu Maßnahmen bereit ist, die sich
nicht an der Oberfläche halten, sondern tief in das
Wirtschaftsleben Frankreichs eingreifen. Seine erste
Kampfanzeige galt der Bank von Frankreich.
Dieses Bankinstitut ist eigentlich ein Privatunternehmen.
Die Mitglieder seines Aufsichtsrates, also die wirklichen
Besitzer der Bank, sind Privatindustrielle, die einer Auf-
sicht des Staates nicht unterstehen. Aber immerhin, die
Bank von Frankreich ist die Notenbank des Landes, sie
hat also eine Aufgabe zu erfüllen, die das Volk als
solches stark interessiert, die Regierung also zu einer
starken Überwachung antreibt. Bis jetzt war der Gou-
verneur dieser Bank von Frankreich Robineau. Dieser
Herr Robineau erließ das wichtigste Ziel seiner Politik
darin, die Unabhängigkeit seines Institutes von der Auf-
sicht der Regierung aufrecht zu erhalten. Im allgemeinen
vertritt er die Ansicht, daß diese unabhängige Bank
von Frankreich gewissermaßen ein Staat im Staat ist,
daß sie eigene Politik treiben kann, die selbstverständlich
in der Hauptsache nur das eine erstrebt, das Unternehmen
selbst zu fördern. Gegen diesen Robineau hat Cail-
liaux auch schon damals, als er noch nicht Finanzminister
war, einen heftigen Kampf geführt. Diese Fehde ist in
dem Augenblick zum Abschluß gekommen, als Cail-
liaux die Macht hatte, seinen Willen durchzusetzen. Robineau
ist abgesetzt worden. An seine Stelle berief der neue
Finanzminister den bisherigen Leiter der Bank von
Nigerien Moreau, eine Persönlichkeit, auf die sich Cail-
liaux verlassen kann, die seiner Politik völlig ergeben ist,
was alles die Gewähr gibt, daß er sich als williges
Werkzeug der Politik Cail-
liaux erweisen wird. Wenn
Cail-
liaux Robineau absetzt und einen seiner Betrüben mit
dem freigewordenen Posten betraut, so zeigt das, daß
der Finanzminister mit dieser Bank von Frankreich etwas
vor hat. Doch seine inneren Absichten teilen nicht klar
herdort. Wohlweislich hat bis jetzt Cail-
liaux verschwiegen,
wie er sich das Reformwerk denkt, das Frankreich der
Geldwährung entgegenführen soll. Er kennt seine Gegner,
weil ihre politische Macht zu schätzen und erklärt sich
aus diesem Wissen nicht bereit, die Karten offen auf den
Tisch zu legen. Vielleicht kann man die Geheimströmungen
mit der Cail-
liaux seine nächsten Ziele umhüllt, damit
begründen, daß der Finanzminister sich über die Einzel-
heiten seines Planes noch nicht klar geworden ist. In
Paris informierten Kreisen vertritt man stark die An-
sicht, daß Cail-
liaux den Goldschatz der Bank von Frank-
reich zur Stärkung der Währung heranziehen will. Doch
er die Absicht habe, eine neue Währung dem Lande zu
geben, und bis zur Ermöglichung dieser neuen Währung
den Franken durch einen Kuponanleihe zu stärken. In
anderen Kreisen Frankreichs glaubt man nicht an diese
Absichten Cail-
liaux. Man ist dort überzeugt, daß er nicht
wie sein Vorgänger Boret, die Goldvorräte der Staats-
bank zu einer Stärkung heranziehen will. Man
glaubt vielmehr, daß sein Plan dahingeht, einem Kon-
sortium französischer Privatbanken die Verwaltung der
schwebenden Schulden zu übertragen. Der Bank von
Frankreich soll nur die Aufgabe zufallen, diesem Kon-
sortium hierfür einen größeren Kredit zu gewähren.
Beide Pläne, wie sie in den Parlamenten in Paris be-
sprochen werden, haben etwas für sich, das heißt nur,
wenn sie bis in die letzten Konsequenzen hinein durch-
geführt werden.
Nicht man die Morgenpresse Frankreichs durch, so
wird man besonders aus der Lektüre der rechtsgerichteten
Zeitungen feststellen müssen, daß Cail-
liaux einem harten
Kampf entgegengeht. Die Rechtsstreitigkeiten sind
Opposition an. Opposition um jeden Preis. Eine Opposi-
tion, die sich mehr gegen die Person Cail-
liaux richtet,
als gegen die Handlungen, die er eventuell vorhat. Auch
hier also das alte Spiel einer Verquickung wirtschafts-
politischer Notwendigkeiten, mit ausgesprochen parteipoli-
tischen Tendenzen. Es ist in diesem Augenblick schwer
vorauszusagen, wer in diesem Kampfe der Sieger bleiben
wird. Die Gegenseite der Rechtsparteien ist gut funk-
tioniert. Man hat ja bis in die letzte Zeit hinein einige
Proben von diesem überspannten französischen Chauvinis-
mus und Dünkel feststellen müssen. So könnte man be-
nahe fürchten, daß das französische Volk für ein groß-
täugliches Reformwerk, ähnlich wie es das Beispiel Deutsch-
lands lehrt, noch nicht reif ist.

Spende des Reichspräsidenten

für die durch Hochwasser Geschädigten.

Berlin. Zur Vinderung der Not der durch das
Hochwasser Geschädigten hat der Reichspräsident den Be-
trag von 200 000 Mark aus seinem Dispositionsfonds
zur Verfügung gestellt.

Völlige Annahme des Fürsten- kompromisses im Rechtsausschuß.

Berlin. Im weiteren Verlaufe der Sonnabend-
Sitzung des Reichstages wurden die §§ 19 bis 20 angenommen.
Nachdem auch der letzte § 20 mit den Stimmen der Regie-
rungsparteien angenommen war, erklärte der Vorsitzende
Dr. Rahl unter allgemeiner Zustimmung, eine Ansprache
über die Präambel erübrige sich, da wohl der ganze Ausschuß
mit der Regierung in der Anerkennung des verfassungs-
ändernden Charakters des Gesetzes übereinstimme. Die
Präambel wurde gleichfalls mit den Stimmen der Mittels-
parteien angenommen und der Vorsitzende knüpfte daran
die Mitteilung, daß der Ausschuß von seinen 21 Sitzungen
44 auf die Beratung des nunmehr erledigten Auswärtigen-
Gesetzes verwandt habe.
Damit waren die Arbeiten des Ausschusses erledigt.

Die Anwertungsfragen des Kabinetts.

Berlin. Von informierter Seite erfahren wir,
daß das Reichskabinett sich alsbald mit der Anwertungs-
angelegenheit und dem am 24. April von den Ver-
bänden beantragten Volksbegehren beschäftigen wird.
Bisher steht noch in keiner Weise fest, wann der Termin
für das Begehren stattfinden soll. Das Kabinett ist sich
auch noch nicht darüber einig, ob dem Verlangen überhaupt
Kaufgebungen werden soll, oder ob die Reichsverfassung eine
Handhabe für die Verhinderung der Volkswahl bietet. In
parlamentarischen Kreisen der Koalition berät man es,
daß die Regierung den schnellen Entschluß gefaßt hat, das
Verbindungsgebot zurückzulassen, um die Auseinander-
setzungen über die Anwertung unmöglich zu machen. Man
glaubt, daß bei der Abstimmung die nötige Stimmenzahl
nicht erreicht werden kann und daß in dem Verbindungs-
gebot einen Anreiz für die Agitation gegen die Reichsge-
gebung.

Gratöse Abrüstungsbeschlüsse.

Berlin. In der letzten Sitzung der militärischen
Kommission der vorbereitenden Abrüstungskonferenz ist
wiederum ein Beschluß gefaßt worden, der die ganze Situa-
tion grell beleuchtet. Es wurde darüber verhandelt, ob
die Materialrüstung zu den Punkten gerechnet werden soll,
an denen der Umfang der Rüstungen zu bemessen ist. Es
standen sich zwei Parteien gegenüber; die eine sagte, die
Materialrüstung sei für die ganze Rüstung von großer
Bedeutung; die andere dagegen behauptete, die Material-
rüstungen bilden keine Unterlage für den Vergleich der
Gesamtrüstungen. Diese letztere Ansicht wurde mit neun
gegen acht Stimmen angenommen; zu den neun Stimmen
gehörten die der Franzosen, zu den acht Stimmen die der
Deutschen.

Die große Bedeutung gerade des Kriegsmaterials für
die heutige Kriegsführung hat, das hat gerade der letzte
Bescheid erwiesen, indem die Materialrüstung geradezu
entscheidend gewesen ist. Auch die Internationalisierte Kontrol-
kommission hat bei ihrer Kontrollmaßnahmen und bei ihrer
Auslegung des Versailles Vertrags dementsprechend dokumentiert,
wie großen Wert sie darauf lege, daß das deutsche Kriegs-
material so sehr wie möglich beschränkt werde. Darum ist
es unverständlich, wie jetzt in Genf durch Mehrheitsbeschluß
festgestellt werden konnte, daß das Kriegsmaterial nur als
Hilfskriterium von untergeordneter Bedeutung zu be-
trachten sei.

Dieser Beschluß gefaßt sich in bemerkenswerter Weise
demjenigen an, der kürzlich von der militärischen Kom-
mission bezüglich der Referentenanstellungen gefaßt worden ist.
Für die Anrechnung der Truppenstärke, die dem Ver-
gleich der Rüstungen der verschiedenen Staaten zugrunde
zu legen sind, ist bekanntlich beschlossen worden, daß nur die
bei der Fahne befindlichen ausgebildeten Leute als Trup-
penstärke, die verglichen werden kann, angesehen werden
sollen. Danach sollen die bereits ausgebildeten Mann-
schaften im Referentverhältnis und auch die Referentjahre-
gänge nicht als Truppenstärke berücksichtigt werden.

Wenn dieser Vorschlag der Kommission von der Ab-
rüstungskonferenz zum Beschluß erhoben werden sollte, so
würde das bedeuten, daß Deutschland ein härteres Heer hat
als Frankreich. Deutschland hat nur 100 000 Mann, die im
allgemeinen ausgebildet sind, mit Ausnahme des geringen
Referentenbestandes, während Frankreich über ein Unter-
offiziers- und Kapitulantenheer von nicht ganz 100 000
Mann, sowie über eine Million ausgebildeter Mannschaften
verfügt, die zwar augenblicklich nicht bei der Fahne sind,
und endlich über die Leute, die jetzt gerade ihre Dienstzeit
erledigen, sich also noch im Ausbildungsverhältnis befinden.

Holländisches Geschwader in Kiel.

Berlin. Ein holländisches Flottengeschwader
bestehend aus den beiden Linienschiffen „Jakob van Heerme-
kerk“ und „Tromp“, den Hochseedorpedobooten 37 und 39
und den Unterseebooten D 9 und D 11 ist unter dem Kom-
mando von Vizeadmiral Toet in Kieler Hafen eingetroffen.
Bei Friedrichsort grüßte das niederländische Flaggschiff die
deutsche Flotte mit 21 Schuß und setzte gleichzeitig die
deutsche Flagge im Großtopp. Zur Begrüßung begaben
sich Korvettenkapitän Schulz vom Linienschiff „Ossen“ und
der niederländische Konsul Satorri sofort an Bord des
„Tromp“. Später machte der holländische Geschwaderchef
dem deutschen Stationschef Raeder einen Besuch.

Eine Statistik der Arbeitslosenunterstützung.

Berlin. Die Arbeitsminister Dr. Brauns im
Sozialpolitischen Ausschuss des Reichstages mitteilte, betrum
die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger Mitte Juni
1,4 Millionen Arbeitslose. Auf 1000 Einwohner kommen
im Reich durchschnittlich 28, in Preußen 28, in Bayern 21, in
Sachsen 40, in Württemberg 17, in Baden 30, in Hessen
37 Arbeitslose. In Berlin ist die Zahl 48, in Ostpreußen 9,
in Pommern 14, in der Provinz Sachsen 23, in West-
falen 38. Die beiden stärksten Industriebezirke, der
Rheinland-Sachsen und die Provinz Westfalen sind am
stärksten betroffen.

Die Ausgaben betragen im April für etwa 1,8 Mil-
lionen Hauptunterstützungsempfänger 113 Millionen.
Hieron wurden etwa 35 Millionen durch Beiträge (drei
Prozent der Lohnsumme je zur Hälfte vom Arbeitgeber und
Arbeitnehmer) aufgebracht. Etwa 80 Millionen fallen
Reich, Länder und Gemeinden zur Last. Rechnet man mit
den Zahlen des Winters einerseits, mit den Zahlen des
Sommers andererseits und gibt von dem Durchschnitt beider
Jahreszeiten aus, so ergibt sich eine Gesamtein-
sparung von rund 1200 Millionen Mark, von denen
400 durch Beiträge 800 durch Reich, Länder und Gemeinden
aufgebracht werden. Die Zahl der bereits „ausgeteuerten“
Arbeitslosen trägt für Preußen 43 000, 186 000 erhalten
weniger als 6 Monate Unterstützung. Wie der Minister
mitteilte ist die Fortführung der Kurzarbeiterunterstützung
beabsichtigt, jedoch sollte keine Höchstgrenze von 75 Prozent
des Lohnes eingeführt werden.

Kriegsbeschädigtenfragen.

Berlin. Der Reichstagsausschuß für Kriegs-
beschädigtenfragen setzte am Sonnabend die Beratungen
über die Novelle zum Reichsversorgungsgesetz fort. Der
Regierungsvertreter wies hierbei mit Nachdruck darauf hin,
daß die Ablehnung der Regierungsvorlage zu härtester Ent-
wertung des Beamtenheims für die Kriegsbeschädigten und
des Invalidenheims für die Reichswehr führen müßte.
Im übrigen erklärte er sich mit einer Verbesserung der
Versorgung der Blinden und ihrer Hinterbliebenen ein-
verstanden. Nach kurzer Aussprache vertagte sich der Aus-
schuß, damit die Parteien zu dieser Frage Stellung nehmen
könnten.

Einweihung des Kersteddenmals.

X Eisenach. Als Ausklang des 40. deutschen Ker-
stedes fand gestern mittag die Einweihung des von Pro-
fessor Lederer-Berlin geschaffenen Kersteddenmals für die im
Weltkriege gefallenen Kerste unter teiliger Beteiligung statt.
Der erste Vorsitzende des deutschen Kerstereisverbundes,
Behrmer Medizinalrat Dr. Dübbe-Weising, sagte in seiner
Festrede u. a., daß nicht weniger als 1800 Kerste im Welt-
kriege gefallen seien. Oberbürgermeister Dr. Janßen über-
nahm mit Worten des Dankes an die Kersterschaft das
Denkmal in die Obhut der Wartburg.

Vom Reichspräsidenten traf nachstehendes Telegramm
ein: Dem deutschen Kerstereisverbund entbiete ich anlässlich
der Einweihung des Denkmals für die im Weltkriege ge-
fallenen Kerste einen Gruß in treuen Gedanken an die in
selbstloser Ausübung ihres höchsten Berufes für das Vater-
land gefallenen Kameraden.

geg. von Hindenburg, Reichspräsident.

Wirtschafts-Enquete-Ausschuß.

Berlin. Der Unterausschuß für Landwirtschaft
des Wirtschafts-Enquete-Ausschusses beriet am Sonnabend
weiter über seinen Arbeitsplan und seine Arbeitsmethode.
Oberregierungsrat Dr. Burdörfer machte als Vertreter
des Statistischen Reichsamts Mitteilungen über den gegen-
wärtigen Stand der statistischen Aufnahmen der land-
wirtschaftlichen Betriebsabläufe von 1925, die dann
noch durch Regierungsrat Dr. Quante vom Preussischen
Statistischen Landesamt ergänzt wurden. Der Ausschuß
erwarte die Statistischen Ämter um mögliche Beschleunigung
ihrer Arbeit, und beriet dann in einer nicht öffentlichen
Sitzung über weitere Einzelheiten seines Arbeitsplans.

Der Unterausschuß für Arbeitsleistung beriet gleichfalls
am Sonnabend vormittag seinen Arbeitsplan weiter. Der
Vorsitzende Prof. Seyde, teilt mit, daß die Herren Papstall
und Dr. Adurcius zu händigen Sachverständigen und
Berichterstatter des Unterausschusses bestellt worden sind.
Nachdem der Vorsitzende Vorschläge über den Arbeitsplan
gemacht hatte, kam es darüber zu einer längeren Erörte-
rung, ebenso über die Frage der Arbeitsmethode. Reichs-
tagsabgeordneter Leopold, der als Sachverständiger an-
wesend war, empfahl, recht bald in eine Probenuntersuchung
von Betrieben einzutreten. Als Ergebnis der Untersuchung
stellte der Vorsitzende folgende Aufgaben fest: 1. Zusammen-
stellung der wichtigsten Literatur. 2. Es bleibt den Vor-
arbeiten des Vorsitzenden und des Generalsekretärs vorbe-
halten, präzisere Vorschläge zu unterbreiten, welche Unter-
suchungen der Literatur als geeignet erscheinen, fortgeführt
zu werden. Hierbei wäre zuerst die Montanindustrie ins
Auge zu fassen. 3. Es wird zunächst eine Probenuntersuchung
veranfaßt. 4. Kautelen an die Öffentlichkeit zur Ein-
reichung von Material. 5. Durchbearbeitung der Vorschläge
für die zu verlegenden Fragebogen.

Die nächste Sitzung wurde auf den 8. Juli anberaumt.
Dann soll eine Baufe bis Anfang August eintreten, und
darauf soll am 2. und 3. August die Probenuntersuchung eines
Betriebes stattfinden.